

41. Rede André Kuper zur Aktuellen Stunde der FDP-Fraktion:

Uneinigkeit der Bundesregierung in der Flüchtlingspolitik – Landesregierung muss Farbe bekennen

- Uneinigkeit der Bundesregierung in der Flüchtlingspolitik. Dieser Titel ist nur teilweise korrekt: Die Bundesregierung ist einig. Die Fraktionen und eine Regionalpartei aus dem Süden Deutschlands diskutieren - und meine ehrliche Meinung: das ist grds. erst einmal gut so. Wir leben Gott sei Dank in einer Demokratie. Und wichtiges Merkmal einer Demokratie ist die Möglichkeit freier Meinungsäußerung und der Diskussion über wichtige Inhalte. Gleichwohl erwarten unsere Bürgerinnen und Bürger, dass den Worten alsbald wirksame Taten folgen – und daran sollten alle in dieser Republik konstruktiver arbeiten und daher müssen auch Sie in der Landesregierung endlich Farbe bekennen.
- Wenn wir unserer Bevölkerung in der gegenwärtigen Flüchtlingskrise schnelle Lösungen suggerieren, werden wir noch mehr Enttäuschungen herbeiführen.

Enttäuschungen führen aber dazu, dass sich Menschen von Politik abwenden oder gar den radikalen Kräften zuwenden.

- Nichtsdestotrotz muss über den Umgang mit der Flüchtlingskrise diskutiert werden dürfen. Dabei muss man aber auch sehen, was bereits angepackt wurde. In den letzten Wochen und Monaten ist eine Vielzahl an Maßnahmen auf den Weg gebracht worden. Und hier zeigen sich definitiv erste Wirkungen in einer deutlichen Reduzierung von Flüchtlingszahlen. Von in Spitzenzeiten fast 8.000 Flüchtlingen am Tag sind wir aktuell auf rd. 650 eintreffende Flüchtlingen am Tag herunter. Das ist gut so, gilt es jetzt nachhaltig zu stabilisieren.
- Keinen Streit und keine wirkliche Diskussion gibt es über das eigentliche Ziel in der aktuellen Flüchtlingskrise: **Einigkeit besteht im Ziel: eine spürbare, dauerhafte und nachhaltige Reduzierung der Flüchtlingszahl zu erreichen – denn jeder muss anerkennen,**

dass die Belastungen ansonsten zu groß werden – für die Länder, die Städte und Gemeinden, die Hilfsorganisationen, die Schulen, Kitas, Bürgerinnen und Bürger.

- Was aber die SPD und die Grün-Rote Landesregierung machen ist, Ablehnung und Verweigerung gegenüber jeglichen neuen Vorschlägen ohne eigene substanzielle Beiträge zu liefern, wie die Krise bewältigt werden kann.

Sie hier in NRW machen es Kommunen und Hilfsorganisationen auch keinesfalls leichter, im Gegenteil: Sie erschweren mit Ihrem Handeln oder Nichthandeln an vielen Stellen. So zum Beispiel...

- mit ihrer Entscheidung in 2014, die **Erstaufnahme** nicht in landeseigenen Immobilien, sondern per Ordnungsverfügung im Wege der Amtshilfe von Kommunen zu aquirieren. Damit haben sie den Kommunen in NRW rd. 50.000 Plätze zur dauerhaften integrativen Unterbringung weggenommen, eine Doppelbelastung für die NRW-Kommunen verursacht

- mit Ihrer bisherigen Entscheidung in 2014 die aus sicheren Herkunftsländern eintreffenden **Westbalkanflüchtlinge** (mit Ausnahme der Albaner) **in die Kommunen weiter zu leiten,**

anstelle wie im Bd-Ld Flüchtlingsgipfel vereinbart in zentralen Landeseinrichtungen zu belassen. Damit haben Sie rd. 30.000 Menschen, die asylrechtlich ohne jegliche Bleibeperspektive sind, in die Kommunen zugewiesen und dort Integrationskapazitäten der Städte, Gemeinden und Hilfsorganisationen zusätzlich belastet

- mit Ihrer **ungleichen und ungerechten Verteilung der Flüchtlinge auf Kommunen innerhalb NRW's**, die sie erst jetzt auf massive Kritik hin korrigieren, haben Sie 2014 dazu beigetragen, dass kreisangehörige mittlere und kleinere Städte in NRW überfordert worden sind und etwa 30.000 Menschen zu viel haben aufnehmen mussten.

- mit Ihrer **ungleichen Mittelverteilung im FlüAG** sorgen Sie zusätzlich dafür, dass viele Gemeinden auf hohen Kosten für die Flüchtlingsaufnahme und –betreuung sitzen bleiben.

Fazit, wenn Sie so wollen: Die Aufnahmebelastung für unsere Gemeinden und Hilfsorganisationen hätte durch die Landesregierung um 1/3 reduziert werden können. Hier haben Sie wieder einmal mehr Chancen für NRW verpasst.

- Anrede. Auf Bundes- und Europaebene wird massiv an einer Reduzierung der Flüchtlingszahlen gearbeitet.
 - hierzu gehört es, z.B. mit Friedensgesprächen die Fluchtursachen zu beseitigen,
 - hierzu gehört es z.B. einen Marshallplan für Nahost auf den Weg zu bringen, wo legale Arbeitsmöglichkeiten für syrische Flüchtlinge, der Bau von Unterkünften, Schulen und Gemeindezentren in den Anrainerstaaten wie z.B. Jordanien, Libanon sowie in der Türkei und damit Bleibeperspektiven für die Flüchtlinge in der Region geschaffen werden
 - hierzu gehört es bspws, Bleibeperspektiven auch in Afrika zu schaffen, wo sich die Bevölkerung bei 60 % Jugendarbeitslosigkeit bis 2050 von aktuell 1 Milliarden auf 2 Milliarden Menschen verdoppeln wird, weil ansonsten auch von dort noch mehr Zuwanderung erfolgt
 - hierzu gehört es, den Schutz der EU-Außengrenzen (Türkei, Griechenland, Mazedonien usw.) zu verbessern und für einen Erhalt des Schengen-Raumes und damit der Reise- wie auch Warenfreiheit zu sorgen. Die Freizügigkeit im Schengen-Raum setzt voraus,

dass die EU-Außengrenzen wirksam geschützt werden, was bislang noch nicht der Fall ist.

Wenn Deutschland als ultima ratio die Binnengrenzen dicht machen würde, müsste neben den Touristen auch der gesamte Waren-/Lkw-Verkehr kontrolliert werden. „Für Deutschland als zentrales Transitland in Europas Mitte eine Katastrophe: **420 Mio. Lkw-Fahrten absolvieren allein EU-Speditionen pro Jahr in Deutschland**, transportieren 3,5 Milliarden Tonnen Waren durch und nach Deutschland (oft „Just- in-time-Produktion“).“ Eine dreistellige Millionensumme würde allein zusätzlich jährlich für den Binnengrenzschutz benötigt.

- All diese wenigen Aspekte zeigen: Wir brauchen hierfür zumindest eine europäische Lösung, wenn wir weiterhin davon profitieren wollen.
- Aber auch die ersten nationalen Maßnahmen sind auf dem Weg und wirken, das muss man auch anerkennen:
 - Finanzielle Bundeshilfen in Milliarden-Höhe, Verschärfungen im Asylrecht, die noch vor einem Jahr völlig undenkbar wären Viele Entscheidungen sind jetzt in der Umsetzungsphase:

Beispiel: Residenzpflicht, sichere Herkunftsstaaten, der Flüchtlings-Ankunftsausweis mit einheitlicher IT-Lösung. Grenzkontrollen zu Österreich. Registrierung an der Grenze; Zurückweisungen von Flüchtlingen ohne Papiere; Kontrollen in Kroatien oder Mazedonien.

- **Neben all den nationalen Maßnahmen** geht es aber zunächst um die große europäische Lösung, denn **nationale Alleingänge schaffen keinen Weg aus der Flüchtlingskrise**
- Und natürlich dauert es dieses Mal elendig lange, bis ein tragfähiger europäischer Kompromiss erzielt werden kann. Aber: Wir sollten um diese gemeinsame europäische Lösung kämpfen, um den europäischen Gedanken nicht zu schnell aufzugeben. Bei aller Dramatik der Situation, der Stimmung in der Bevölkerung spätestens seit der Silvesternacht – leichtfertig sollten wir Schengen nicht aufs Spiel setzen.
- Klar ist aber auch: Die Zeit für Lösungen auf europäischer Ebene ist endlich!

National ist einiges auf den Weg gebracht worden, um diese Zeit zu gewinnen, an der SPD wird es liegen, ob mehr Zeit durch das Asylpaket II gewonnen werden kann:

- Denn das Asylpaket eins zeigt doch Wirkung. Das zweite Paket wird vermutlich in dieser oder der nächsten Woche auf den Weg gehen. Die beiden Asylpakete werden eine Verschärfung beinhalten, die das schärfste Asylrecht Europas in Deutschland haben.
- Und jetzt geht es doch darum, den Menschen, die hier sind, einen raschen Weg in Integration zu ermöglichen, und denjenigen, deren Bleiberecht abgelehnt wurde, sofort den Weg wieder zurück zu ermöglichen. Das bedeutet, dass die Landesregierung in der Pflicht sind nicht weiter zu lamentieren soll, sondern Recht durchsetzen soll.
- Die Union steht für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und ich erwarte von uns allen, nicht nur in der Union, dass wir uns nicht spalten lassen durch populistische Pseudolösungen, sondern es ist harte Arbeit von uns gefordert.